

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 21 88, Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Er scheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verdrucker-Einrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.65 RM; durch die Post monatlich 2.80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in 1/2: Die 41 mm breite Zeile (Woffe's Zellenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Sp., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Sp.; amtlich 1 mm 30 Sp. und 24 Sp.; Reklame 25 Sp., Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwanngswieser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Grobnaundorf, Bretznitz, Hauswalde, Dorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Ahmenborn, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. J. Schmidt & Erben (Inh. J. W. Meyer)

Schriftleiter: J. W. Meyer in Pulsnitz

Nummer 63

Sonnabend, den 15 März 1930

82. Jahrgang

## Vertikale und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Verzückung und Ferien in der Volksschule) Wegen des späten Osterfestes fallen Verzückung und Ferienbeginn in diesem Jahre nicht zusammen! Am 31. März, dem Schlusse des Schuljahres, erhalten alle Kinder Zensuren. Am nächsten Tage, den 1. April, beginnt das neue Schuljahr; da fängt der Unterricht in den neuen Klassen an. Ferien sind aber erst vom 12.—26. April.

**Pulsnitz.** (Volkshochschule) Montag, den 17. März, spricht Herr Dr. Modrauer weiter über die Quellen des Rechtes und die Entwicklung des Rechtsgefühles. Hierzu ist jedermann willkommen.

**Pulsnitz.** (Stoffmarktursus.) Nächsten Montag und Dienstag finden nachmittags und abends auf Veranlassung der Firma Bernhard Vindenkrenz zwei kostenfreie Stoffmarktursus für jedermann in der Handelsschule statt. Hier haben die Teilnehmer Gelegenheit auf mitgebrachten Stoffen selbst praktisch zu arbeiten. Die zu gleicher Zeit stattfindende Ausstellung sollte von allen Interessenten besucht werden. Die große Zahl der fertig bemalten Arbeiten modernster Machart, wie Kleider, Schals, Kissen, Decken, Krawatten, Handtaschen und vieler anderer Dinge bieten den Beschauern zahlreiche Anregungen zum eigenen Schaffen. Für Anfänger und auch für Kenner dieser netten Liebhaberei gibt es in den bekannten Pelikan-Stoffmarktursus stets etwas Neues zu lernen. An den Nachmittagskursen können sich Mädchen des 8. Schuljahres beteiligen. Man beachte das heutige Inserat.

**Pulsnitz.** (Der ärztliche Sonntagsdienst) wird am 16. März von Herrn Dr. med. Viertel versehen.

**Pulsnitz.** (Die Mütterberatungen) in Pulsnitz finden von jetzt ab nicht mehr Dienstags, sondern Freitags statt, die nächste Mütterberatung also am Freitag, den 21. März 1930, nachmittags 3—4 Uhr, im Rathaus 1. Treppe.

**Pulsnitz.** (Sächs. Militärverein.) Heute Sonnabend, 8 Uhr, findet im Schützenhaus die Hauptversammlung des Sächsischen Militärvereins statt, auf die noch besonders hingewiesen wird.

(Der 16. März kein amtlicher Trauertag.) Der 16. März gilt für Sachsen amtlich nicht als Volkstrauertag. Die gegenwärtige sächsische Regierung hat sich bisher immer, sowie alle früheren sächsischen Regierungen, gegen einen Volkstrauertag im März ausgesprochen, und zwar mit dem berechtigten Hinweis darauf, daß ja die Zahl der Landesfeiertage nicht ohne zwingenden Grund vermehrt werden solle, solange nicht durch Reichsverfügung ein Sonntag als Volkstrauertag bestimmt worden sei. Für Sachsen ergaben sich auch aus einem anderen, sehr wesentlichen Grunde Schwierigkeiten: fast jedes Jahr wäre bisher der von gewissen Kreisen propagierte Volkstrauertag mit dem Hauptsonntag der Leipziger Frühjahrsmesse zusammengefallen. Ein solcher Trauertag hätte natürlich an Wirkung und inneren Gehalt durch die Nachbarschaft der geräuschvollen Messe eingebüßt. Aber auch historische Erwägungen spielen eine Rolle. Der Totensonntag wird seit dem Ende der Befreiungskriege gefeiert; er hat sich seit jener Zeit fest eingebürgert als der den Toten gewidmete Tag und im deutschen Volke tiefe Wurzeln geschlagen. Beußen und Sachsen haben also seit mehr als 100 Jahren einen wirklich begründeten „Volkstrauertag“, der sich mit den Jahren in sämtlichen deutschen Bundesstaaten bis auf Bayern eingebürgert hat. Und das katholische Bayern gedenkt ebenfalls seit langer Zeit seiner Toten am Allerheiligentage, also auch an einem Tage, der ganz in der Nähe des Totensonntags liegt.

(Wie wird das Wetter?) Nach wochenlangem trockenem und beständigem Wetter ist nun wieder ein Umschlag zu unbefriedigendem Niederschlagswetter eingetreten, wobei auch eine erhebliche Zunahme der Windgeschwindigkeiten festzustellen ist. Zwar waren die Niederschläge bis jetzt noch wenig ergiebig, doch dafür auf das ganze Reich verteilt. Sie erfolgten zuerst als leichte Regenschauer, später, als sich ein energischer Kaltsturm einstellte, als Schneeschauer. Wenn auch der kalte Wind den in diesem Winter etwas verwöhnten Mitteleuropäern erhebliches Frösteln verursachte, so waren die Temperaturen doch erheblich

## Zollkampf in England

Ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung im Unterhaus abgelehnt  
Der Rücktritt der polnischen Regierung — Vorarbeiten für das Sparprogramm  
Grundlegender Umschwung der Sowjetpolitik



London. Ein Mißtrauensantrag Baldwins gegen die englische Arbeiterpartei-Regierung wegen deren Stillschweigen in der Frage der künftigen Tarifpolitik wurde vom Parlament nach einer sehr eingehenden Aussprache mit 308 gegen 235 Stimmen abgelehnt.

(Wiederholt)

Baldwin hatte im englischen Unterhaus den Antrag eingebracht, der der Regierung wegen ihrer Haltung und ihres Stillschweigens hinsichtlich der Beibehaltung oder Aufhebung der Schutzzölle und MacKenno-Zölle das Mißtrauen aussprach. In Begründung des Antrages erklärte er, daß er grundsätzlich gegen hohe Zolltarife sei, daß Großbritannien aber bei der Haltung der übrigen Mächte nichts übrig bleibe, als seine eigenen Zölle beizubehalten und teilweise zu erhöhen.

Schatzkanzler Snowden, gegen den der Mißtrauensantrag besonders gerichtet war, erwiderte für die Regierung mit betonter Schärfe, daß gewisse Interessentengruppen seit langem die Regierung in Mißkredit zu bringen suchten und einen anhaltenden und mit falschen Zahlen arbeitenden Pressefeldzug führten.

## Die Kabinettskrise in Polen — Der Rücktritt der Regierung beschlossen

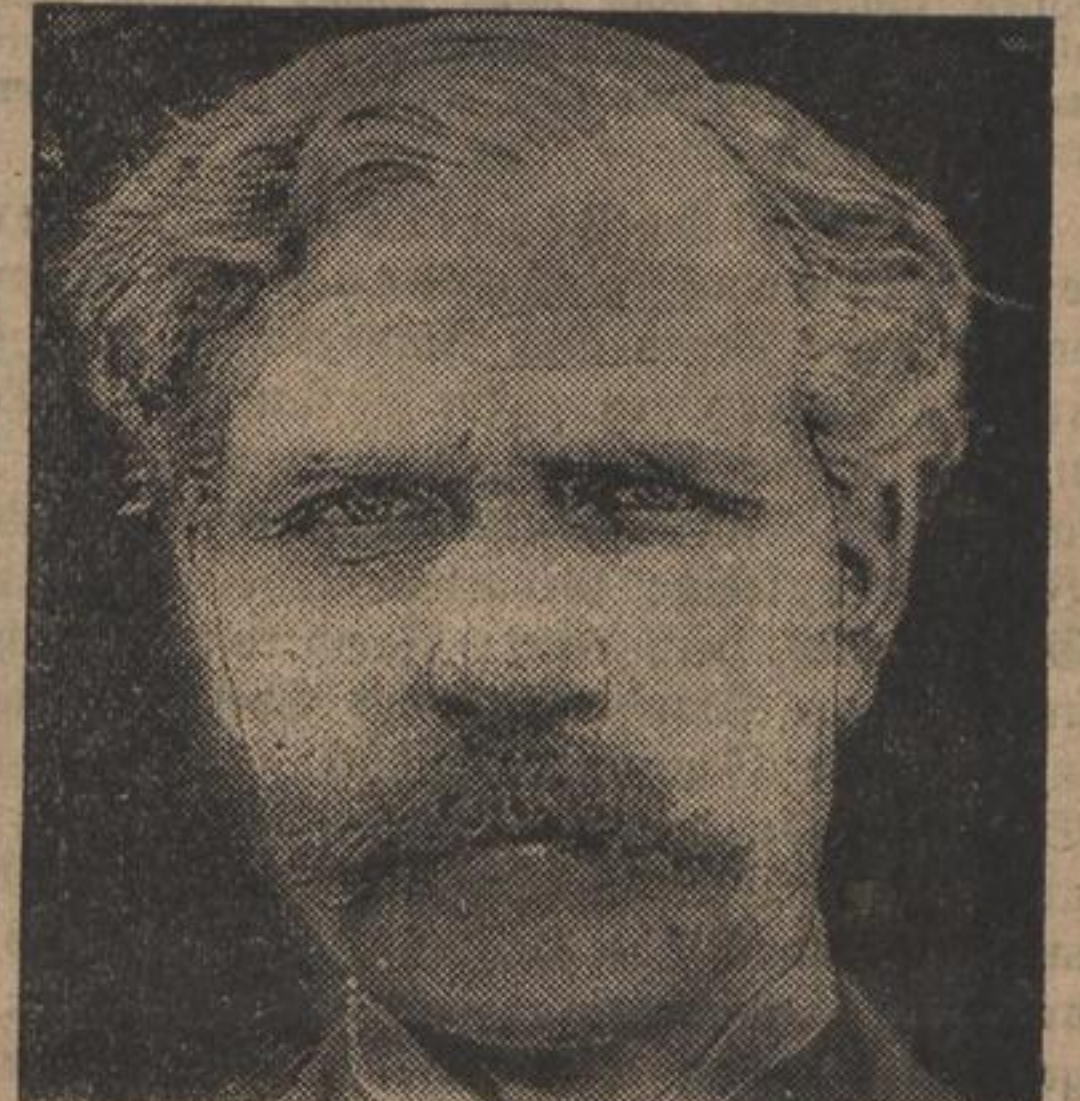
Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Warschau haben die Mitglieder des Kabinetts anschließend an die Abstimmung im Sejm eine Sitzung abgehalten, in der Ministerpräsident Bartels zu einer gemeinsamen Rücktrittserklärung beauftragt wurde. Bartel hat sich heute, Sonnabend, 12 Uhr auf das Schloß begeben und dem Staatspräsidenten das Rücktrittsgesuch überreicht.

## Vorarbeiten für das Sparprogramm im Reichsfinanzministerium

Wie der Demokratische Zeitungsdienst erfährt, sind im Reichsfinanzministerium die Vorarbeiten für das große Reichs-Sparprogramm begonnen worden, das der Reichsfinanzminister gemeinsam mit dem Reichsparlamentarier vorlegen will. Durch die preußischen Anträge zur Justizreform wird einer der Punkte dieses Sparprogramms demnach bereits verwirklicht werden, da das Reichskabinetts den gesetzgebenden Körperschaften eine Vorlage über die kleine Justizreform zuleiten wird. Weiterhin wird eine Vereinfachung der Verwaltung durchzuführen sein und zwar in Verbindung und unter Annäherung an die Länderverwaltungen. Die Aufhebung des Reichsentwässerungsamtes beschäftigt zurzeit den Reichstag. Weiterhin ist notwendig, eine mögliche Vereinfachung der Steuererhebung und der Steuerverwaltung. Zu erörtern bleibt die Übertragung der Bauverwaltung und des Reichswasserbaues einschließlich ihres Vermwaltungsapparates an die Länder zur Vereinigung mit ihrer Bau- und Polizeiverwaltung. Gegen derartige Pläne machen sich aber bei den einzelnen Reichsstufen noch Widerstände geltend. Im Hinblick auf die sozialen Kosten muß eine Verminderung angestrebt werden und zwar einmal auch durch eine Verwaltungsreform so wie sie für die Arbeitslosenversicherung erneut geplant ist. Dringender Reformbedarf auch das Versorgungswesen und weiterhin wird nach der materiellen Seite erwogen, eine Einschränkung der

## Innerpolitische Spannung in England.

Zwischen den beiden Gegenpolen der inneren Politik Englands, Baldwin, dem Führer der Konservativen und MacDonald, dem englischen Ministerpräsidenten und alten Arbeiterpartei, ist es nunmehr zu Gegenäuflichkeiten gekommen, die zu einem Sturz der gegenwärtigen englischen Regierung führen können. Baldwin (links), MacDonald (rechts).



Rentenerhöhungen für Kriegsschädigte in den leichtesten Fällen. Endlich wird es notwendig werden, ein Sparprogramm für das Reichsheer und die Reichsmarine festzulegen, damit im besonderen bei der Marine über die etwaigen Bauten Klarheit geschaffen wird und planmäßig gearbeitet werden kann.

## Grundlegender Umschwung der Sowjetpolitik

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Präsidium des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unter Vorsitz Salins folgende Beschlüsse gefaßt:

Nachdem die Sowjetbehörden bisher die individuellen Bauernwirtschaften zwanngsweise aufgelöst haben, hat die Partei festgestellt, daß eine solche Kollektivierung nicht mehr den Interessen der Partei entspricht. Die Partei verlangt, daß die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaften nicht mehr zwanngsweise, sondern nur noch freiwillig erfolgen dürfe. Das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat beschlossen:

1. sofortige Einstellung sämtlicher Maßnahmen gegen die individuellen Bauernwirtschaften,
2. sämtliche Märkte sollen sofort geöffnet werden,
3. die Schließung von Kirchen soll sofort eingestellt werden, weil eine Schließung der Kirchen nur freiwillig mit Erlaubnis und Zustimmung des Pfarrers zustandekommen darf.

Diese Beschlüsse bedeuten einen gewaltigen Umschwung in der bisherigen Sowjetpolitik, deren Fortsetzung, wie die Kommunistische Partei inzwischen erkannt hat, den Bestand des Sowjetsystems über kurz oder lang ernstlich gefährdet hätte.

## Litauen verletzt die Selbständigkeit des Memelgebiets.

Memel. Die Lage im Memelgebiet hat sich trotz der Vereinbarung zwischen Rowno und Berlin über ein weiteres Verbleiben der ausgewiesenen deutschen Lehrer noch keineswegs entspannt. In Kreisen, die dem litauischen Gouverneur Merkys nahestehen, verlautet nämlich, daß der Gouverneur trotzdem entschlossen sei, die Ausweisung der deutschen Lehrer zum 1. April vorzunehmen. Da der Gouverneur schon wiederholt die politischen Abmachungen der Rownoer Regierung desavouiert hat, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er auch diesmal auf eigene Faust handelt, um seine Litauisierungspläne durchzuführen.

Neuerdings nimmt sich der Gouverneur auch das Recht heraus, das memelländische Schulwesen zu kontrollieren und der Landesregierung Anweisungen für den Schulunterricht zu erteilen. Um seinem Einfluß noch mehr Geltung zu verschaffen, hat er einen Kulturreferenten beim Gouvernement bestellt, der ebenfalls versucht, sich in die memelländischen Schulangelegenheiten einzumischen. Da das memelländische Schulwesen jedoch vollkommen der Zuständigkeit der Selbstverwaltung untersteht, handelt es sich bei dem Vorgehen des Gouverneurs um eine neue schwere Verletzung des Autonomiestatuts.

## Polnische Schifanen trotz Polenabkommen.

Marienburg. Wie die „Marienburger Zeitung“ meldet, haben die polnischen Behörden in der letzten Zeit entlang der